

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Brunnengasse 5/6 durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7249.

# Volkswacht

Bestellungsbedingungen: Beträge für die ständige Postzeitung oder deren Stamm 20 Pfennige, für Einzelhefte und Preisermäßigungen: 10 Pfennige. Anfertigung für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.  
Organ für die werkschätzbare Bevölkerung.  
Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 122.

Freitag, den 28. Mai 1897.

8. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

Das Haus erlebte in seiner heutigen letzten Sitzung vor Pfingsten zunächst in unsäglich eintöniger und schleppender Berathung die zweite Lesung der Besoldungsvorlage und nahm die Beschlüsse der Commission fast in allen Punkten an. Das Zahlengewirr der einzelnen Besoldungssätze zu übersehen, ist nicht leicht; Präsident, Bureau und Berichterstatter waren oftmals nicht recht klar darüber und steckten die Köpfe zusammen, um zu ermitteln, was von der Commission vorgeschlagen und was dem Hause zu unterbreiten sei. Einen etwas lebhafteren Charakter erhielt die Discussion nur bei Gelegenheit einer von unserer Fraktion beantragten Resolution, zu Gunsten einer Gehaltserhöhung der Postunterbeamten und Landbriefträger im nächsten Etat. Der zwingenden Beweisführung unseres Herrn Abgeordneten Dr. Pöschel gelang es, das Haus von der Notwendigkeit dieser Aufbesserung zu überzeugen; und nicht nur, wie Singer ironisch andeutete, nach den Wahlstimmen der Postbeamten; indes ist es gleichgültig, welche Motive die Parteien haben mochten; jedenfalls wurde der gute Zweck erreicht und unsere Resolution einstimmig angenommen. Die übrigen Nachtragssätze, die dem Hause vorlagen, und die Petitionen, welche noch erledigt wurden, gaben zu erheblicheren Debatten keinen Anlaß. Die wichtigste der ausgesprochenen Bewilligungen war die von 44 Millionen Mark als erste Rate für das neue Geschützmaterial. Die Hurrafstimmung, die sich bei solchen Gelegenheiten den Häutern der bestehenden Ordnung mitzuthun pflegt, dehnte sich bis auf die Linke aus; Herr Richter war stolz, sich mit dem Glorionschein seines Patriotismus zu umgeben und diesmal kein „vaterlandsloser Geißel“ zu sein. Nur unsere Fraktion protestirte durch ihre Abstimmung gegen dies neue Opfer für den bewaffneten Frieden.

233. Sitzung vom 26. Mai. 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung der Ergänzung zum Etat, enthaltend die Besoldungsverbesserungen in Verbindung mit den drei Nachtragssätzen, betreffend 1) Artillerieforderungen u. a., 2) die Nachforderung zur Vervollständigung des Reiches an der Pariser Weltausstellung und den Neubau des Reichstags-Präsidentengebäudes, sowie 3) die Erhöhung des Remunerationsfonds im Etat des Auswärtigen Amtes. — Die Berathung beginnt mit den Besoldungsverbesserungen. — Im Anschluß an den Vortrag des Abg. Dr. Paasche (natl.) über die Verhandlungen und Beschlüsse der Commission spricht

Abg. Richter (freil. Vgg.) sein Bedauern darüber aus, daß nicht einmal die wesentlichsten Wünsche der Beamten in der Vorlage Berücksichtigung gefunden hätten, wie sie seit Jahren hier zum Ausdruck gekommen seien. Redner wünscht nun jedenfalls eine baldige Beseitigung oder doch Reform des Cautionswesens.

Reichstagssecretär Graf Posadowsky erklärt sich bereit, eine erneute Prüfung der Frage vorzunehmen und mit Preußen diesbezüglich in Verbindung zu treten.

Abg. Richter (freil. Vg.) befürwortet die Beseitigung des Communalsteuer-Vorteils der Offiziere im Anschluß an die Besoldungsverbesserungen.

Die Commission hat als neue Position 28a eine Erhöhung der Gehälter verschiedener Post- und Telegraphenbeamten vorgeschlagen, die in der Regierungsvorlage nicht enthalten waren. Danach sind u. A. die Ober-Postassistenten den Betriebs-Secretären gleichgestellt und das Gehalt dieser Beamten ist auf 1500 bis 3000 Mark, im Durchschnitt 2250 Mark festgestellt, während es gegenwärtig nur 1500 bis 2700 Mark, im Durchschnitt 2100 Mark, beträgt.

Abg. Werner (Antis.) bittet, diese Position anzunehmen trotz des Widerspruchs, den die verbündeten Regierungen in der Commission geäußert haben.

Abg. Dr. Lieber (Centr.) erklärt, daß seine Freunde nur dann für die ganze Vorlage stimmen würden, wenn die Regierungen ihre Zustimmung zu den Commissionsbeschlüssen erteilten, und bittet den Reichstagssecretär um Auskunft, ob die verbündeten Regierungen noch auf ihrem Widerspruch beständen.

Reichstagssecretär Graf Posadowsky erwidert, die Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkte, daß der Reichstag wohl das Recht habe, Änderungen an den in die Vorlage eingestellten Gehaltssätzen vorzunehmen, bagegen nicht neue Klassen einzufügen. Dazu gehöre eine Verständigung beider gesetzgebenden Factoren. Er hoffe indessen, daß die Einfügungen der Commission vom Bundesrath nachträglich sanctionirt werden würden.

Abg. Werner erklärt, auch seine Freunde würden gegen die ganze Vorlage stimmen, wenn Klasse 28a nicht Annahme finde. Sehe man die Verbesserungen für die Postassistenten jetzt nicht durch, so würde man sie wohl nie erreichen.

Abg. Dr. Lieber erklärt, für jetzt könnten seine Freunde mit den Erklärungen des Reichstagssecretärs zufrieden sein. Er hoffe, daß zur dritten Lesung eine endgültige Zulage werde gegeben werden.

Abg. Richter (freil. Vereinig.) hofft, der Bundesrath werde nun die Streitart endgültig begraben und in der dritten Lesung die Erklärung abgeben, daß er der Forderung zustimme.

Klasse 28a wird darauf einstimmig angenommen.

Für die Intendantur-Baumeister und Postbauräthe (4200 bis 6000 Mk.) sah die Vorlage eine Erhöhung des Maximalgehalts auf 7200 Mark vor. Die Commission hat diesen Satz auf 6900 Mk. ermäßigt.

Reichstagssecretär Graf Posadowsky bittet um Wiederherstellung der Vorlage.

Der Commissionsbeschuß wird jedoch angenommen. Die Divisionspfarrer beziehen jetzt 2100 bis 3600 Mk. Sie sollen nach der Vorlage 2400 bis 4200 Mk. erhalten. Die Commission hat das Maximalgehalt auf 3900 Mk. ermäßigt.

Abg. Graf Noon (conf.), Dr. Hammacher (natl.), Graf Bernstorff (Reichsp.) und Werner (Reformp.) beantragen hier die Wiederherstellung der Vorlage.

Kriegsminister v. Söller befürwortet diesen Antrag auf das Dringendste mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieser Vemter für die Armeeverwaltung und auf das Alter, in welchem die Pfarrer erst in dieselben eintreten.

Unter Ablehnung des Commissionsantrages wird darauf die Regierungsvorlage wiederhergestellt.

Im Uebrigen wird die Vorlage nach den Commissionsbeschlüssen angenommen.

Die Commission schlägt außerdem drei Resolutionen vor. 1. auf Erhöhung der Besoldungen der Staatssecretäre der Reichsmarine, des Reichsjuristen, des Reichsjustiz- und des Reichspostamts auf je 30 000 Mk.; — 2. auf Bewilligung von Pferdegeblern an die Regimentcommandeure und die ihnen gleichgestellten Offiziere; — 3. auf Neuordnung des Remunerationswesens.

Zunächst wird die erste Resolution behandelt. Abg. Sebel (Soc.) erklärt sich gegen dieselbe und bemerkt darauf, daß der Reichstagssecretär selbst für sich und den Staatssecretär des Reichsjustizamts eine solche Erhöhung für unndthig erklärt habe.

Die erste Resolution wird darauf angenommen. Die zweite und dritte Resolution gelangt debattelos zur Annahme. Außerdem beantragt

Abg. Singer (Soc.) eine Resolution dahin, daß im nächsten Etat für die Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung eine Besoldung von 900 bis 1500 Mk., für die Landbriefträger eine solche von 700 bis 1000 Mk. festgesetzt werde.

Reichstagssecretär Graf Posadowsky widerspricht diesem Antrage unter Hinweis auf frühere Gehaltserhöhungen für diese Beamten, die im Vergleich zu anderen Beamten nicht schlechter gestellt seien, aber einen weniger anstrengenden Dienst hätten als beispielsweise die im gleichen Gehalt stehenden Eisenbahnschaffner.

Unterstaatssecretär Dr. Fischer bemerkt, daß durch eine solche Gehaltserhöhung Ungleichheiten im Verhältniß zu anderen Beamtenkategorien geschaffen werden würden, die im Interesse des Dienstes vermieden werden müßten. Die Resolution würde außerdem einen Aufwand von 1 1/4 bis 1 1/2 Millionen Mark notwendig machen.

Abg. Dr. Lieber würde der Resolution gern zustimmen, kann aber in ihr angeführten Gehaltserhöhung aber ein so großes finanzielles Gewicht nicht beilegen, wie Abg. Singer. Andererseits sei aber kein Grund, allein den Argumenten der beiden Staatssecretäre zu folgen. Es handle sich ja nur um eine Resolution. Seine Freunde trügen daher kein Bedenken, der Resolution Singer beizutreten.

Abg. Singer erwidert dem Unterstaatssecretär Dr. Fischer, das Reich dürfe sich nicht zu engherzig nach dem Mutter Preußens richten. Es müßte mit den Gehaltserhöhungen vorangehen, dann würden die Finanzminister der Einzelstaaten folgen müssen.

Abg. Gaffe (natl.) erklärt, daß seine Freunde im Verfolg aller ihrer Bestrebungen es für ganz selbstverständlich hielten, für die Resolution Singer zu stimmen.

Die Abgg. Werner, Sebel und Benoit treten ebenfalls für die Resolution ein.

Die Resolution Singer wird darauf mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Darauf wendet sich das Haus zu den Nachtragssätzen, die von der Commission zu einem vereint worden sind.

Bei den Artillerie-Forderungen (4 1/2 Millionen) bemerkt Abg. Richter (freil. Vg.), seine Freunde, die beim Marine-etat eine Reihe von Forderungen gestrichen hätten und darum noch heute in allen Kreisblättern gescholten würden, sie — die vaterlandlosen Gesellen — stimmten doch dieser dreimal höheren Forderung zu, ja, so vaterlandlos sie auch seien, sie würden sich auch den Consequenzen im Interesse der Wehrkraft des Landes nicht entziehen, denn sie wüßten, was sie eventuell hier an Eifen sparen könnten, würden sie später mit Blut heimzahlen müssen. (Beifall.)

Die Forderung wird darauf gegen die Stimmen der Socialdemokraten angenommen.

Die Forderung für das Präsidialgebäude des Reichstages wird bewilligt, nachdem

Abg. v. Staudy (conf.) Namens eines Theiles seiner Freunde erklärt, daß sie keineswegs mit diesem Bau einverstanden seien. Dazu gelangt eine Resolution des Abg. Schmidt-Eberfeld (freil. Volksp.) zur Annahme auf Erwerb des ganzen noch freiliegenden Grundstücks gegenüber dem Reichstage in der Sommerstraße und auf gleichzeitige Errichtung einer elektrischen Beleuchtungsanstalt.

Im Uebrigen werden die Nachtragssätze debattelos und — den Commissionsanträgen entsprechend — unverändert bewilligt. Die genaue Finanzirung derselben wird jedoch bis zur dritten Lesung vorbehalten.

Es folgen Commissionsberichte über Petitionen. Eine Petition auf gesetzliche Regelung des Kellerinnenwesens wird dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Dienstag 22. Juni, 1 Uhr. (Dritte Berathung der Handwerker-Vorlage.) Schluß 5 1/2 Uhr.

## Politische Rundschau.

— Ein Wiederaufleben des Liberalismus, schreibt der „Vorwärts“, soll durch das preussische Attentat auf das Vereinsrecht bewerkstelligt worden sein — so lesen wir in bürgerlichen deutschen Zeitungen, und die Richter'sche Rede wird in allen Tonarten als die Geburtshelferin bei dieser Neugeburt verpörrlicht. Nun, die Richter'sche Rede war gut, vom bürgerlichen Standpunkt gewiß die beste, die in Bezug auf jenes Attentat gehalten worden ist. Aber die schönste Rede kann keine Kraft schaffen, wo Ohnmacht ist.

Und wer kann nach der Geschichte des deutschen Bürgerthums noch etwas von ihm erwarten? Gerade das deutsche Bürgerthum ist durch seine politische Schwäche und Gesinnungslosigkeit schuld daran, daß wir in Deutschland keine selbstbegründete Verfassung haben und daß solche Attentate auf die einfachsten Volksrechte bei uns noch möglich sind. Mit schmetternden Worten bläst man die Mauern der Reaction nicht um. Schöne Reden befreien uns nicht von den Schäden, an denen unser politisches Leben krankt. Der schönen Reden und der Schönredner haben wir in Deutschland leider genug

## Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

63] Nachdruck verboten.

Da ließen sich ganz in der Nähe elastische Schritte vernehmen, und die elegante Gestalt Morres erschien in der Thür. Er hatte sich vom Lawn-Tennis hinweggeschlichen und rug noch den Racket in der Hand.

Als er Helene erblickte, blieb er stehen und sah nach ihr hin. In der Haltung des jungen Weibes lag die ganze Selbstvergeßlichkeit des Schmerzes, aber die weiche, schmiegsame Schönheit ihres Körpers kam dabei herrlich zum Ausdruck.

In äppigen Wellen fiel das dunkle Haar in die Stirne, Lichtreflexe spielten darüber hinweg und verliehen ihm einen bläulichen Schimmer, während der sanftgebogene Hals unter dem Gelocke, das sich tief herabkräuselte, nur um so weißer erschien — es war etwas Irritirendes in ihrer Schönheit — und wie damals, wo er sie zum ersten Male gesehen, verfolgte er jede Linie ihres Körpers, sich gleichsam daran festhängend.

„Jedes Weib ist zu gewinnen, es gilt nur, den richtigen Moment herauszufinden.“ Diese Theorie aller Wüstlinge war auch die seine — und der Moment war da.

Langsam ging er näher und beugte sich über sie. Er hauchte leise Worte ihr in's Ohr, so leise, daß sie sie nicht verstand in dem Aufbruch, der ihr Inneres durchwühlte. Aber sie errieth, was er ihr sagte, und sie blieb diesem Gebändniß gegenüber fassungslos, wie gelähmt. Es schien ihr unmöglich, auch nur ein Glied zu rühren und ihre Augen blieben geschlossen.

Dennoch sah sie ihn deutlich vor sich, und sie fühlte, wie er tiefer sich ihr entgegen neigte.

Jetzt legte er seinen Arm um ihren Leib, es war ein glühender Reiz, der sie unspannte und seine vibrirenden Lippen näherten sich ihrem Halse.

Er wird sie küssen — sie weiß es — und sie glaubt seinen Kuß, den sie in diesem Augenblick ersehnt — nein, begehrt — schon voraus zu fühlen.

Aber plötzlich, wie in instinctiver Gegenwehr, fährt sie mit einem Ruck vor ihm zurück und erhebt den Kopf. Ein Schrei entfährt ihr.

Auch seine begehrliehen Lippen waren zurückgefahren und die Augen Weider wendeten sich, als gehorchten sie einer geheimen Einwirkung, gegen die Thür.

Ein Schatten löste sich von dort ab und verschwand. Jemand hatte da gestanden und sie belauscht.

Morre sprang gegen die Thür, er wollte wissen, wer es war.

Er bemerkte einen Herrn, den er nicht kannte. Eben hatte derselbe die herankommende Frau Gebhart begrüßt und ging wieder abwärts.

„Wer ist das?“ fragte Morre Sibonie, als er an ihrer Seite stand.

„Ein gewisser Ebner, Marens Freund — — aber wo ist sie?“ Und sie blickte den Bruder fast drohend an. Der sah sehr gleichmüthig aus, als er mit einer Bewegung seines Kinnes nach dem Pavillon deutete:

„Dort, wo wir sie verlassen haben — — das arme Weib — — wir müssen uns ihrer annehmen.“

„Das werde ich thun — auch gegen Dich.“ Sie eilte voraus. Als sie den Pavillon betrat, war Helene verschwunden. Sie hatte den Schatten erkannt.

Helene war in ihre Villa zurückgekommen und in ihrem Zimmer allein.

Sofie trat ein, um die Lampe anzuzünden und theilte Helene mit, daß der gnädige Herr fortgegangen sei, um mit den Herrschaften aus der Villa Gebhart nach München zu fahren. Zwei Wagen seien schon vorüber. Auch der kranke junge Herr sei mit dem Fremden, der Nachmittags hier vorgeprochen habe, in seinem leichten Einspanner nach dem Bahnhofe gefahren.

Helene nickte, ohne zu antworten. Es war ihr Alles so gleichgültig. Aber nachgerade wurde die in dem Zimmer herrschende Schwüle ihr unerträglich, sie athmete kaum.

Sie entledigte sich der beengenden Kleidung und ließ sich von Sofie ihr Morgentkleid bringen, das lang, ohne jede Fessel herabwallte.

Sie schlug die weiten Ärmel noch mehr zurück, daß ihre schönen Arme völlig frei blieben und knöpfte in ihrem Bedürfniß nach Luft und Kühlung die allzuhoch gegen den Hals hinaufreichenden Knöpfe wieder auf.

Auch ihr Haar begann sie zu lösen, jede Nadel verurteilte ihr Schmerz. Sie hatte die Empfindung, als bestände sie nur aus Nerven, aus zuckenden, schmerzenden Nerven. Die Balkenthür stand offen, sie trat hinaus. Es war völlig Nacht geworden.

Ein Blitz durchzuckte das Firmament, dem ein später Donner folgte.

Sofie betrauerte sich. Sie fürchtete sich entsetzlich vor einem Gewitter.

Helene kannte diese Schwäche und verabshiedete sie mit einem Wink. Und nun — Sofie, was viel gebildete Leute auch thun, sie vergrub ihren Kopf und machte sich blind und taub, um nichts von dem zu sehen und zu hören, was ihr unabwehrbar schien und sie bedrohte.

(Fortsetzung folgt.)

und zu viel gehabt. Nicht um Rednerie handelt es sich, sondern um eine entscheidende Machtprobe, um ernsthaftes, opfervolles Ringen. Die socialistische Partei verlangt thätiges Handeln. Sie schlägt Verweigerung der Geldmittel vor, welche die Regierung von dem Reichstage fordert. Daran denkt aber das freisinnige Bürgertum nicht. Es will nach wie vor keinen anderen Kampf, als den der Worte und schönen Reden, der nicht zum Ziel führen kann. So wird es denn bleiben wie es bisher war: die Hüterin und Vorkämpferin der bürgerlichen Freiheit in Deutschland ist die Socialdemokratie.

Die Freiconservativen wollen zu dem Commissionentwurf des Vereinsgesetzes im Abgeordnetenhause bei dem Minderjährigen-Paragraphen einen Zusatz beantragen, wonach vor dem Beginn einer Versammlung der beauftragte Beamte die Entfernung von Minderjährigen verlangen kann und nicht eher in die Verhandlung eingetreten werden darf, als bis die Entfernung der Minderjährigen erfolgt ist. Dies würde nach der „Nationalzeit.“ die Durchkreuzung der Absicht der Commission bedeuten, daß die Anwesenheit von Minderjährigen keinen Grund zur Verhinderung der Versammlung geben darf.

Für die preussische Vereinsgesetznovelle hatte sich auch die amtliche Charakter tragende „Weimarische Zeitung“ sehr lebhaft ins Zeug gelegt. Wie die „Münch. N. N.“ aus bester Quelle erfahren, hat der Großherzog den leitenden Staatsminister beauftragt, dem verantwortlichen Redacteur der „Weim. Ztg.“ wegen dieses einseitigen Vorgehens eine ernste Rüge zu erteilen. Die Staatsregierung wird diesem Auftrage mit voller Zustimmung nachkommen und dafür Sorge tragen, daß derartige Artikel durch das amtliche Organ nicht wieder an die Öffentlichkeit gelangen.

Der „Schleifstein“ functionirt nicht mehr. Während die Partei, der Frhr. v. Stumm angehört, die Freiconservative, die Vereinsgesetznovelle womöglich noch verschärfen möchte, spricht sich die ehemals „Neue Saarbrücker Ztg.“ (Schleifstein) entschieden gegen die Novelle aus. Entweder also ist Frhr. v. Stumm auf seine alten Tage „Socialrevolutionär“ geworden, oder aber — so meint das „Volk“ — er hat sich beim Scharfmachen geschritten und daher den Schleifsteinbetrieb aufgegeben.

Anderwärts ist's anders! Der „Stuttgarter Beobachter“ hebt hervor, daß in Württemberg noch nie eine ortsüblich bekannt gegebene Versammlung verboten worden ist, daß eine vollständige Ueberwachung auch socialistischer Versammlung eine solche Seltenheit ist, daß man sich darüber aufhält und in der Öffentlichkeit beklagt, daß alle Versammlungen ohne jegliche Rücksicht auf die Polizei abgehalten werden, daß weder ein Frauenverbot für die politischen Versammlungen, noch ein solches für die Minderjährigen besteht, daß aber trotz alledem noch niemals eine Versammlung aufgelöst werden mußte, oder zu Ausreisungen irgendwelcher Art geführt hätte, und daß auch über die Versammlungsfreiheit der Frauen und der Minderjährigen noch keine ernstlichen Klagen erhoben werden mußten; die Frauen bleiben von selbst von den Versammlungen weg oder halten sich in der ihnen gebotenen erziehlichen Reserve, und für die Fernhaltung aller junger Leute von politischen Versammlungen wissen die wahlberechtigten Bürger schon selbst zu sorgen. Man sieht, in all diesen Fällen braucht man keine Polizei, keine einengenden Polizeiverordnungen und keine Gesetzesvorschriften: ein mündiges Volk regiert sich selbst. Ist man in Preußen aber der Ansicht, daß es dort ohne Polizeijoch und Gesetzparagraphen nicht geht, so erlauben damit die Regierung und die conservativen Parteien nur zu, daß das preussische Volk eben noch nicht mündig ist, gegen welche Unterstellung sich dieses zu wehren hätte. Ist aber in Württemberg würden für den nächsten gesetzlichen Weg uns höchstens bekannt. Wie unterem freien Vereins- und Versammlungsgesetz sind wir freier angekommen, und werden Volk noch Regierung haben bestimmte Ausweisungen irgend welcher Art über den bisherigen Zustand zu machen.

**Oesterreich-Ungarn.**

Kein Stunden lang hat am 24. Mai im österreichischen Abgeordnetenhause der Kampf der Parteien tobend — und abendlich hat schließlich die christlich-socialistische Majorität der Minderheiten wieder triumphiert. Eine weitere Steigerung des Standards ist kaum mehr denkbar; es wurde mit den Voten gefällig, mit Bräutchen und Luft, gebliesen, gerührt, gewürzt, mit Rahm, Lagen die Schmecke, worte durch die Luft: „Lass das sein“, „Lass das sein“, „Lass das sein“, „Lass das sein“, „Lass das sein“, „Lass das sein“.

**Frankreich.**

Die dem Abbitte sich nähernde Franco-Germanische Konkurrenz nimmt wiederum das öffentliche Interesse in Anspruch. Es wurde nämlich wieder, daß Geheimnissen des Ministeriums des Innern einen wichtigen Belastungsgegenstand, den Kommunisten Arthur's, Bastien, zu beschaffen gesucht haben. Der Geheimagent Calmeau hat beim Untersuchungsrichter ein schriftliches Zeugnis abgelegt. Das Ministerium bestreitet die Stichhaltigkeit dieses Zeugnisses, die schärfsten Einwendungen zu benennen. Die Aktion der, welche die Enthaltungen gemacht haben, haben ihre Wirkungen aufzuheben. Das Dementi widersteht übrigens den naturlich bekannten Thatsachen. Es ist bekannt, daß das Ministerium den Calmeaus abzusagen suchte. Dieser hat dem unheimlichen Journalisten nachdrücklich betragt, im letzten Jahre übergeben zu haben. Eine Behauptung, welche eine Sensationserregung, die Behauptung der Stichhaltigkeit in den Behauptungen für die Wahrheit — das ist eine wichtige Stellung der socialdemokratischen Kampfbahn des Herrn Bastien — „nächst“ ist über den Complot nicht.

Unterhandlungen des Polizei-Agenten Dupas mit Arton und der Bestechungsversuch des Sicherheitschefs Soinoury bei der Frau des Barons Cotta am Vorabend des Panamaprocesses von 1893 sind noch in frischer Erinnerung. . . . Das Dementi verpricht eine baldige Aufhellung des „Zwischenfalles“. Für eine gründliche Aufhellung braucht Barthou nicht zu sorgen. In der Kammer und im Gerichtssaal wird das ausgiebig geschehen.

**Proceß v. Tausch-Lügow.**

Berlin, 26. Mai 1897.

Dritter Verhandlungstag. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Mödler, eröffnet die heutige Verhandlung um 9 1/2 Uhr. Der Vorsitzende entläßt die für heute geladenen Zeugen mit dem Vermerk, daß heute gültigen Falls die Vernehmung der Angeklagten zu Ende geführt werden würde und daß sich die Zeugenvernehmung bis weit in die nächste Woche erstrecken werde.

Es sind zwei Briefe eingelangt, der eine an den Vorsitzenden, der zweite mit der Adresse an die Geschworenen. Nach der Handschrift zu urtheilen, sind beide Briefe von einer Person geschrieben. Wie der Vorsitzende mittheilt, enthält der an ihn gerichtete Brief eine Beeinflussung. Die Geschworenen lehnen darauf die Annahme ab, daß es sich um gerichtliche Briefe handle.

Die Verhandlung setzt bei dem Punkte der Anklage ein, der dem Angeklagten von Tausch die Strafverurteilung des Lügow zum Vorwurf macht. Vorsitzender: Sie geben doch zu, daß Sie als Beamter zur Strafverurteilung von Verbrechern verpflichtet zu sein. Angeklagter von Tausch: Jazobl, aber ich hielt im Interesse des Staatswohls eine Verurteilung für nicht anständig. Herr Oberstlieutenant Gaede sagte mir: Für mich ist die Sache abgethan, thun Sie was Sie wollen. Ich hielt das für einen Wink, die Sache für erledigt zu halten. Außerdem sagte ich mir, es ist im Interesse des Staatswohls nicht erwünscht, daß dieser Kampf zweier Minister in die Öffentlichkeit kommt. Vorsitzender: Das Staatswohl ist für Sie, wie für jeden Beamten maßgebend. Aber Sie wissen, daß das Interesse am Staatswohl den hohen Beamten Herrn von Marschall nicht abgehalten hat, die ganze Sache in der Öffentlichkeit zu verhandeln. Sie wußte Sie fragen: Hätten Sie außer dem Interesse des Staatswohls vielleicht ein persönliches Interesse an der Schonung des Lügow. Tausch: Nein. Vorher haben Sie im Proceß Ledert-Lügow den Kufensch nicht isoliert von dem Verdachte der Duitungsunterschiede gegeben zu haben, gemeint. Ein Kläger v. Tausch: Ich wußte auch nicht, wer ich, ungeraten in die Verhandlung eingegriffen. Ich war nicht aber bewußt, daß ich wegen der Duitung bestraft werden würde und dann hätte ich die volle Wahrheit gesagt. Mein Bewußtsein läßt es nie und nimmer zu, auf einem Unschuldigen einen Verdacht legen zu lassen. Meine vorgelegte Behörde wird mir bezeugen, daß ich seit auf Verordnungen und Wahrheitsliebe gehalten habe. Rechtsanwalt Subczynski will festgestellt wissen, daß v. Tausch, obwohl er gefragt worden war, doch nicht die Wahrheit über die Duitung gesagt hat. Angeklagter v. Tausch: Die Duitungssache war mir vollständig gleichgültig. Ich hatte nur Sorge, alles zu sagen, was mir von dem Ministerium befohlen war. Es war mir doch als stellvertretender Beamter unangenehm, solche Dinge anzugehen. Ich habe ja von meiner vorgelegten Behörde nichts anderes als die Duitung erhalten, aber doch mit einer gewissen Zurückhaltung, und frage mich immer, wie weit ich gehen darf. Der Oberstaatsanwalt macht dem Angeklagten den Vorwurf, daß er unter seinem Eide die Wahrheit von der gefälschten Duitung verweigert hat. In dem Moment wo Sankow die Anklage übernahm, der damalige Angeklagte von Lügow oder Lüge, Sankow habe die Unterseite gefälscht, sagte er den Zeugen und sagte, die Duitung von Lügow gefälscht. Die Staatsanwaltschaft erwidert um Vernehmung der Zeugen in der Duitungssache aus dem Proceß gegen Ledert-Lügow. Die Verhandlung wird dann den Antrag in Rücksicht, den jungen Angeklagten Sankow über den Proceß Ledert zu verlesen. Rechtsanwalt Subczynski: Sankow hat die Angeklagte Duitung eingegesen, was Sankow mit dem Auftrag wegen Sankows beauftragt worden ist. Angeklagter Tausch: Unbeliebig. Rechtsanwalt Subczynski: Sankow hat die Angeklagte Duitung über das Ergebnis der Untersuchungen genau gefälscht und Gemeines etwas mitgegeben. Sankow hat gefälschte hat nur Herr Gaede gesagt. Das ist die ganze Sache nicht mehr. Rechtsanwalt Subczynski: Sankow ist in früher schon ein Angeklagter gewesen. Sankow hat den Antrag, wie der Proceß gegen Ledert die Duitung des Sankow, welche die Verhandlung des Proceß Sankow zu verlesen.

Der Vorsitzende setzt sich am 26. Mai die Verhandlung über den Antrag zur Verurteilung von Tausch fort. Die Verhandlung beginnt mit der Vernehmung des Zeugen Sankow, welcher die Duitung des Proceß Ledert zu verlesen. Rechtsanwalt Subczynski: Sankow hat die Angeklagte Duitung eingegesen, was Sankow mit dem Auftrag wegen Sankows beauftragt worden ist. Angeklagter Tausch: Unbeliebig. Rechtsanwalt Subczynski: Sankow hat die Angeklagte Duitung über das Ergebnis der Untersuchungen genau gefälscht und Gemeines etwas mitgegeben. Sankow hat gefälschte hat nur Herr Gaede gesagt. Das ist die ganze Sache nicht mehr. Rechtsanwalt Subczynski: Sankow ist in früher schon ein Angeklagter gewesen. Sankow hat den Antrag, wie der Proceß gegen Ledert die Duitung des Sankow, welche die Verhandlung des Proceß Sankow zu verlesen.

haben, die Vermuthung, daß Tausch den von Sankow beim „Lagebl.“ angebrachten Artikel über die ehrsüchtigen Mänder der ehrsüchtigen Polizei inspirirt habe, zu unterstützen. Die Vertheidigung des Angekl. Tausch unterstüzte den Antrag, der Oberstaatsanwalt widerlegte ihm, weil er zu großen Weiterungen führen würde. Der Gerichtshof lehnt den Antrag ab, weil es sich nicht um es handeln, sondern um ein Urtheil im dem Antrage handle. Verhandlung wendet sich wieder dem Bericht zu, den Tausch dem Präsidenten von Windheim gegeben hat. In dem Berichte als vermothliche Urheber der Münchener Depesche außer Tausch die Minister Miquel, Bötticher, Köller, Volschaster Graf Eulen und General von Hahnke genannt. Angeklagter von Tausch diese Namen von anderen Personen gehört haben, bei denen er erkundigt hatte. So habe ihm Herr Gaede gesagt, es könne eine Indiscretion eines Theilnehmers der Staatsministerialbürovorlegen. Zwei Minister seien gegen die Militärstrafproceß gewesen, einer davon sei Herr von Köller gewesen. Weitere Auskunft will er über die Personen, mit denen er gesprochen hat, nicht geben. In dem Berichte hat Tausch angegeben, Herr Gaede zuerst den Verdacht auf das literarische Bureau Ministerium des Innern gelenkt habe. Heute hat Tausch in die einstimmig mit dem Zeugnis des Herrn Gaede, den Verdacht zugegeben, daß er zuerst den Verdacht auf das literarische Bureau ausgesprochen habe, nicht Herr Gaede. Den Widerspruch zwischen den Angaben des Berichtes und thatsächlichem Vorgang will Tausch auf die lächerliche Fertigkeit des Berichtes zurückführen. Der Vorsitzende hebt hervor, daß von großer Wichtigkeit ist, ob der Verdacht gegen das Ministerium des Innern zuerst von Herrn Gaede oder Herrn von Tausch ausgesprochen worden ist. Es kommt wieder einmal zu lebhaften Einanderlegungen zwischen den Vertheidigern der beiden Angeklagten die Glaubwürdigkeit der beiden gegenseitig bemängeln. In dem Berichte des Tausch heißt es weiter: Herr Gaede heilte mir das ihm Herr von Köller zugegeben habe, nachdem die Depesche geschrieben sei, mehrere Artikel in dem Sinn der Depesche in die „Lancet“ zu haben. Herr Gaede habe ihm außerdem gesagt, er habe auf der Postzeit in Leipzig eine Hamburger „Münchener“ Ministercollegen gethan, die er selbst bereits zugestanden habe. Die Frage des Rechtsanwalts Subczynski ob Herr Gaede dem Tausch wirklich gesagt habe, erwidert Tausch, er behalte sich die Antwort auf diese Frage bis zur eidsüchtigen Vernehmung des Oberstaatsanwalts Gaede vor. Die Vernehmung des Angeklagten Tausch wendet sich nun der Thatsache zu, daß er Ledert am 9. October v. J. am ersten mal erst am 10. October verhaftet habe. v. Tausch erklärt das mit technischen Gründen; er habe am 9. October unterbrochen von 9 Uhr früh bis 1/2 9 Uhr Abends Dienst gewesen und nicht, weder Frühstück, Mittag- noch Abendbrot genommen. Sei physisch nicht mehr leistungsfähig gewesen und habe deshalb Verhaftung Sankow's auf den folgenden Tag um 7 Uhr früh (Sankow, zumal er sich einig war, daß sein Agent nicht fliehen würde) Sankow am 10. October vernommen wurde, hat er ihm 10 gegeben. Der Angeklagte erklärt das aus seiner humanen Einstellung. Er habe auch andern Verhafteten Geld zum Frühstück gegeben; Sankow habe ihm gesagt, daß er keinen Pfennig zu Vorfr.: Sie haben dem Wachmeister, der die Hausdurchsuchung der Lügow vornehmen sollte, bei der Instruction gesagt: Finden werden Sie mich. Angekl. v. Tausch: Ich war auch überzeugt, daß er nichts finden würde. Vorfr.: Sie haben zu dem Schutzmann gesagt: Hausdurchsuchung müssen Sie auch halten, er giebt Ihnen auch heraus, was er will. Die Anklage nimmt an, daß Sie damit haben sagen wollen, Beamte möge möglichst wenig suchen. Sankow: Tausch: Ich nicht, was sich der Schutzmann gedacht hat. Ich habe aber Bedanken nicht in ihm erwidern wollen. Vorfr.: Nachdem Sie aus der Haft das erste Mal entlassen war, haben Sie ihm 100 Mark gegeben. Angekl.: Das war sein Gehalt. Ich gab ihm, weil ich bis zum Ende des Proceß Ledert mit ihm nicht zusammenkommen wollte. Das Letztere habe ich ihm auch gegeben. Vorfr.: Warum haben Sie nun, als Sie vom Präsidenten Windheim befragt wurden, nichts von der gefälschten Duitung gesagt? Angekl. Tausch: Vor Gericht muß man so etwas so bei einer Anklage nicht. Ich sagte schon, Herr von Windheim kannte die Agenten nicht und kümmerte sich um das Agententum nicht. Vorfr.: Sie wissen doch, daß der Herr Polizeipräsident Behörde nach außen repräsentirt. Ich meine, er müßte doch correctoren können, was Sie für Agenten denken, damit nicht ein von diesen Leuten die Behörde arg compromittirt werden? Angekl.: Der Polizeipräsident stehe zu hoch, um mit dem Agenten behelligt werden zu können. Wer es gut meint mit Behörde, der darf den Präsidenten nicht zum Mitspieler in Agentendingen machen, gerade weil diese Leute den Behörden Unbequemlichkeiten bereiten. Oberstaatsanwalt: Es ist hier Organisationsfrage der Polizei berührt worden, die vielleicht später bei der Vernehmung des Herrn von Windheim erörtern werden wird. Ich bin in der Lage, mich in diesem Punkte, nur in diesem Punkte, auf den Boden des Angeklagten zu stellen. In der That konnte sich der Präsident nicht mit den Agenten befassen, er lag nicht mit Abt's nicht unterrichten. Wenn er aber von dieser einmal abwich und einen Bericht von dem Angeklagten über Agenten ersforderte, so mußte der Angeklagte auch von der Wahrheit und dem Polizeipräsidenten die Wahrheit sagen. Tausch: Ich habe dem Vorwurf, einen vollständig falschen Bericht erteilt zu haben. Vorsitzender: Glauben Sie denn, der Polizeipräsident wollte keinen wahrheitsgetreuen Bericht haben? Angekl. v. Tausch: Nein, aber ich wollte dem Präsidenten die Wahrheit erparten, entweder einen wahrheitsgetreuen Bericht an Staatsanwaltschaft zu geben und damit die ganze Affaire der Öffentlichkeit zu übergeben, oder die Sache auch zu verschweigen wie ich es gethan habe. Eine solche Maßnahme kann ein tüchtiger Polizeibeamter nicht auskommen, das kann ich Ihnen sichern. In erst einmal die Staatsanwaltschaft unterrichtet, geht Alles seinen Lauf. Oberstaatsanwalt: Jazobl, ich habe den Sankow zur Verantwortung gezogen, denn ich habe eine Anklage über die Pflicht der Strafverurteilung von Verbrechern, der Angeklagte von Tausch, Angeklagter von Tausch: Man kann eben meine Stellung als Polizeibeamter berücksichtigen. Ich habe das Staatsministerium für böse, als die Verletzung eines Polizeibeamten. Außerdem ist es nicht möglich, ohne Agenten zu arbeiten man aber jedes Vergehen eines solchen Agenten verfolgen würde man bald alle Agenten los. Der Vorsitzende geht wieder auf die Artikel der „Welt am Montag“ über den Brecken Sprengstoff ein, die im Ledert-Proceß eine so große Rolle geboten. Angekl. Lügow giebt an, er habe Tausch getroffen, dieser habe ihm gesagt: Sie haben wohl den Artikel in der „Welt am Montag“ geschrieben, ich habe sofort Ihren Titel erkannt, sagte ihm, daß ich der Verfasser sei und die Nachricht von Ledert habe, der sie seinerseits vom Auslandigen Ant und Herrn Wetzlar erholten habe. Herr von Tausch interessirte die Nachricht, ich glaube, er hatte keine Freude daran, daß das Ausland eine solche Nachricht erfahren würde. Das Interesse des Tages ist doch weiter, daß er zu Hause einen Brief aus Schwiditsch, beauftragte, der vom Reichsminister Grafen Eulen geschrieben war. In dem Briefe war ihm die Verteilung österreichischen Exports bekannt gegeben worden. Tausch sagte dem Graf Eulenberg hat auch geboten, wenn etwas Interessantes österreichischen Gebiete passiren sollte, ihm das mitzutheilen. Tausch: Ich glaube, das hätte ich dem Reichsminister Grafen Eulen geschrieben, denn nach acht Tagen sagte mir Ledert der Reichsminister habe ihm geantwortet. Tausch veranlaßte durch dieses Material für einen zweiten Artikel im „Welt am Montag“ einen zweiten Artikel. In dem Artikel anzufragen, ich sagte es aber schon durch, weil ich so, ich hätte die Aufzeichnungen direkt von dem Reichsminister erhalten. Vorfr.: Sie sollen sagen dem Reichsminister gegeben haben. Sie würden ihm eine solche Zusage nicht



gelommen. Weinaße die ganze Bevölkerung ist obdachlos, da die noch stehenden Häuser durch Wasser verflüht sind.

Konstantinopel, 27. Mai. Gestern Nacht fand auf der Station Suft ein Zusammenstoß zwischen einem Militärzuge und einem leeren Güterzuge statt. Zwei Bremser wurden getödtet, der Zugführer schwer, fünf Soldaten, fünf Bremser und ein Maschinist leicht verwundet. Eine Untersuchungskommission ist nach der Unfallstelle abgegangen.

Rio de Janeiro, 26. Mai. In der hiesigen Militär-Schule ist eine Meuterei ausgebrochen, zu deren Unterdrückung Truppen entsandt wurden. Die Schüler unter-

worfen sich, nachdem sie ihre Waffen und Munition ins Meer geworfen hatten.

Standesamtliche Nachrichten

Vom 26. Mai. Geburten. I. Arbeiter Thomas Glaffig, S. — Arbeiter Carl Kuras, S. — Fleischer Heinrich Wiede, L. — Arbeiter Gustav Galtter, S. — Heizer Johann Sperlich, L. — Conditor und Bäckermeister Georg Springer, Sohn. — Arbeiter Anton Klant, L. — Schieferbedeckmeister Wilhelm Kubel, L. — Schuhmachermeister Johann Rauch, S. — Stellmacher Georg Busch, S. — Dreher Hugo Welzer, S. — Schloffer Maximilian Arndt, F.

Todesfälle. I. Barbier Oscar Höppner, 22 Jahre. Arthur, S. d. Arbeiters Robert Gichmann, 5 Mon. — Schneidermeister Heinrich Hellmann, 69 J. — H. Johanna, L. des Tischlers Albert Suchoboll, 6 J. — Heizersfrau Rosina John, geb. Zimmer, 63 J. — Marie, L. d. Geschäftsführers Eduard Partede, 15 Mon. — Schuhmacher Adolf Döring, 58 J. — III. Gustav, S. des Arb. Adolf Thomas, 8 Wochen. — Buchbindermeisterwitwe Sophie Günther, geb. Schwarz, 76 Jahre. — Else und Hans, Kinder des Mühlenarbeiters Johann Gora, 5 resp. 3 J. — Walter, S. des Maurers Josef Schölzel, 10 Mon. — Tischlersfrau Emilie Heidenreich, geb. Kalwei, 75 J. — Schloffer Paul Nibel, 27 Jahre. — Martha, L. des Schuhmachers Albert Bojinski, 3 Tage.

Herren-Garderobe Complete Anzüge in allen Stoffarten und nur reeller Waare. Eduard Freund, Renschestr. 57, Ede Hinterhäuser.

Schuhwaaren, eigenes Fabrikat und nur bestes Material für Herren, Damen und Kinder zu billigsten Preisen. Paul Quitt, Schuhmachermeister, Friedrich-Wilhelm-Str. Nr. 1.

Kinderwagen sehr großes Lager vom Einfachsten bis zu den elegantesten Neuheiten, sowie alle Korbwaaren empfiehlt so billig als jede Konkurrenz. M. Hein, Alsbücherstr. 51.

Achtung! Uhren und Goldwaaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen unter Garantie. Albert Möwius, Uhrmacher, Kupfer- und Schmiedestr. 56.

J. Wuttke, Schuhmachermeister, Breslau, Gräblichener-Str. 31. Schuhwaaren für Herren, Damen u. Kinder.

Reis, Patna-Reis, Bohnen, Perlgrape, Erbien, Braunschweiger Schnittbohnen, Büttnerstraße 6.

Schuh-Geschäft Scheitnigerstraße 37/38. H. Christmann, Schuhmachermeister.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Sektion der Schlosser u. v. B. Mitglieder-Versammlung.

Non plus ultra aussergewöhnlich billiger praktisch bewährter Staub- und Reise-Havelock mit weiter, ringsherumgehender Felerine, ohne Aermel, mit doppeltknöpfl. Rückenriegel aus modelfarbenen leichten Lodenstoffen nur 8,80 Mk.

Achtung! Töpfer! Achtung! Öffentliche Versammlung im Locale „Kaiserburg“, Adalbert-Str. 10.

Achtung! Bauarbeiter! Achtung! Gr. öffentl. Versammlung Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Achtung! Bunzlau. Achtung! Grosse Protest-Versammlung in Kronen-Saal.

Ohlau. Öffentliche Partei-Versammlung.

Röst-Caffee's Bunzlau. Theodor Giersdorf, Rüst-Caffee's.

Große Auswahl! Pa. Damen-Quastiefel, Pa. Damen-Knopf-, Pa. Damen-Schür-, Pa. Herren-Gamaschen, Pa. Herren-Corin-Gamaschen.

Amerikanische Schnellsohlerei und Schuhwaarenlager, Control-Marken-Hüte, Hut-Fabrik, Schmiedebrücke 19.

Achtung! Für 6-10 Mr. Stoffanzüge, Geschwister Boy, Matthias-Str. 98, I.

„Goldene 74“ Obfauerstraße 74. Special-Abteilung unseres Establishments für Knaben jeden Alters und Größe, bis Pfingsten Knaben- u. Jünglings-Anzüge, Knaben-Anzüge, Kiesen-Auswahl, süsse Façons, wirkliche billig, Knaben-Paletots, Sammetanzüge, Cricot-Anzüge, Knaben-Blousen, Einzelne Beinkleider, Wasch-Anzüge, Kittel-Sacco-Façons für Knaben, Herren-Hüte.